



Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Freitags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,56 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Heidenberg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank GbR & Co., Wildbad; Spar- und Girobank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Regier. Grundpreis 15 Pf., ansehbare 20 Pf. — Reklameweile 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Auslieferung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 66, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

V. Gayl über die Reichsreform

Berlin, 30. Oktober.

Auf dem alljährlichen Bankett des Vereins der Berliner Presse, dem der Reichskanzler v. Papen, die Reichsminister v. Braun, v. Gayl, Dr. Görtner, v. Neurath, Schäffer, Dr. Bracht, sowie mehrere Botschafter, Vertreter deutscher Länder usw. anwohnten, hielt der Reichsinnenminister eine bedeutende Rede über die Reichs- und Verfassungsreform. Nachdem er, wie bereits kurz berichtet, erklärt hatte, das Reformwerk der Reichsregierung werde kein Neubau, sondern ein Ausbau sein, fuhr er fort:

Grundstürzende Neuerungen werden unterbleiben. Das gilt besonders für die Staatsform. Ich erinnere an die Worte des Reichskanzlers am letzten Montag und an meine eigene Antrittsrede im Reichsrat, in der ich mich grundsätzlich als Anhänger der monarchischen Idee bekannte, in der ich aber mit Ernst und Nachdruck ablehnte, eine Aenderung der Staatsform auch nur zu erwägen!

Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaats. Wer den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volks zu vertiefen, der lehnt diesen Gedanken ab und bekennet sich zu dem Bundesstaat, der heute ist und der so lange bleiben wird, bis eine überwältigende Volksstimmung sein Ende fordert. Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsglied zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neuerteilung des Reichs in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt. Auch die Vereinigung der zahlreichen Entlasten auf der Landkarte Deutschlands ist keine vordringliche Angelegenheit.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend einer Neuordnung bedarf. Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und politische Ausführungen von der Notwendigkeit der Neuordnung des Verhältnisses Reich-Preußen im Sinn einer organischen Verbindung zwischen beiden. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreichs soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angefaßt werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Das Reich hat, wie der Staatsgerichtshof in seinem Urteil vom 25. Oktober anerkannt hat, auf einwandfreier Rechtsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen die Regierung Preußens vorübergehend in die eines Reichskommissars gelegt. Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat nun der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preußischen Staats gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgeschäften entzogenen bisherigen Regierung verbleiben müsse. Wer versucht die Dinge vom praktischen Standpunkt zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis, daß die verfehlte Lösung sehr schwer durchführbar ist und daß sie den Keim zu neuen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in sich birgt. Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen notwendig erscheinen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung die doppelte Pflicht, nun den in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen.

Preußen soll dabei seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und einheitlichen Verabschiedung zu schützen.

Die Entwicklung von Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Konzentration vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben von Ländern und Gemeinden sowie eine Aenderung des Finanzausgleichs mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbstständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung des finanziellen, namentlich mitverantwortlichen gewordenen Reichs erforderlich. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern, sobald man nur den Willen hat, sie einmal systematisch anzufassen und von der Reichsverwaltung alles abzuschneiden, was nicht unbedingt zur obersten Leitung und zur Erfüllung der Reichsaufgaben gehört. Dieser Wille ist vorhanden, die Verhandlungen mit den Ländern sind angebahnt.

In diesen programmatischen Sätzen ist bereits die Ver-

Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen hat dem Präsidenten der Berliner Handwerkskammer, Ludwig, anlässlich seines 70. Geburtstages seine aufrichtigen Glückwünsche telegraphisch übermittelt.

Der Vorstand der preussischen Zentrumsfraktion ist für Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung einberufen worden.

Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, die von deutscher Seite aufgeworfene Frage der für den deutschen Handel besonders abträglichen Zölle sowie die Frage der Kohlenkontingentierung in Berlin zu besprechen.

Einführung der gesamten Reichsverwaltung grundsätzlich mit enthalten. Die Vorarbeiten für die Aufhebung entbehrlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In kurzem werden die Aenderungen bekanntgegeben werden können. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau entbehrlicher Behörden der Finanz- und der Postverwaltung. Die Vereinfachung der Sozialbehörden ist in Arbeit. Die Verringerung des Umfangs der Reichsministerien und der Abbau ihres Aufgabenspektrums sind eingeleitet.

Der Wille der Reichsregierung zu einer Verfassungsreform hat verschiedene Vermutungen und Befürchtungen ausgelöst, die durchaus gegenstandslos sind. Der schwerste Verdacht gegen die Absichten der Reichsregierung war die Behauptung, daß die Regierung sich eine Verfassung auf den Leib schreiben wolle, die ihr ein ewiges Fortbestehen gewährleisten und einer „hauchdünnen Herrenschicht“ die Macht in die Hand spielen wolle unter Herabdrückung der Rechte des Volks, insbesondere der deutschen Arbeiter. Solche Behauptungen sind nur erklärbar aus der allgemeinen Nervosität und aus der tief beklagenswerten Verheerung in unserem Volk. Wir haben die Regierung übernommen, berufen aus dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten und lediglich getrieben von dem einen Willen, unsere Verantwortung vor unserem Volk zu erfüllen, indem wir dem Gesamtvolk dienen, und zwar in allen seinen Teilen. Wir würden unsere Pflicht gründlich verletzen, wenn wir die Verfassungsreform unter dem Gesichtswinkel einseitiger Vertretung von Standesinteressen oder Berufs- und Wirtschaftszweigen führen wollten.

Mit sehr vielen anderen deutschen Staatsbürgern sehen wir aber die tatsächlich vorhandenen Mängel der Verfassung so deutlich, daß uns die Pflicht gebietet, an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Wir sehen den ersten Mangel in einem überiphten Parlamentarismus. Entscheidungen von ungeheurer Tragweite können heute abhängen von einer Zufallsmehrheit, ohne daß es ein wirksames Gegenmittel gegen diese Entscheidung gibt. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden, die zuverlässig arbeitet. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufsständischen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Welchen Weg wir dem Volk empfehlen können und werden, muß heute noch offen bleiben, da die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Jeder Versuch auf längere Sicht und folgerichtig in Deutschland etwas zu schaffen, ist bisher an dem ständigen Wechsel der Regierungen gescheitert, die mitten in der Arbeit infolge von Mißtrauensvoten oder parlamentarischen Krisen abtreten mußten. Dieser Zustand ist in gewöhnlichen Zeiten bereits für die ruhige Entwicklung Deutschlands hemmend; er ist in Notzeiten untragbar. Deswegen müssen durch Aenderung des Artikels 54 der Reichsverfassung Hemmungen eingebaut und der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgeführt werden. Wer hierbei von einer „Minderung der Volksrechte“ spricht, sollte nicht vergessen, daß Leben und Zukunft der Nation höher stehen müssen als Rechte, derenkehrseite aus der Geschichte der letzten Jahre deutlich erkennbar geworden ist. Die Vorlage der Reichsregierung wird nach sorgfältigen Erwägungen entsprechende Vorschriften enthalten, die nach Möglichkeit das Recht des Reichstags nicht unnötig einengen sollen. Eine Reform in dieser Richtung wird das beste Mittel sein, um in Zukunft eine allzu häufige Reichstagsauflösung zu befeitigen.

Schließlich sollen Aenderungen der Wahlrechtsbestimmungen in der Verfassung und des Wahlgesezes vorgeschlagen werden. Völlig abwegig ist der Gedanke, die Regierung plane eine Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Reichstag oder gar die Aufhebung des Stimmrechts der Frauen. Erzielung dieser Wahlbestimmungen durch Einführung eines Zensus. Wir halten es aber für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren, welche die Bedeutung der Familienernährer für unser Volk unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlands zum Ausdruck bringt. Weitere Mängel, wie das Auftreten kleinster Splitterparteien und die Auswüchse des Listenwahlrechts, sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt werden.

Wir hoffen, dem Reichsrat und dem neuen Reichstag nach seinem Zusammentritt und damit der Öffentlichkeit ein fertiges Programm unterbreiten zu können. Die Art des Vorgehens der Reichsregierung auf diesem Gebiet hängt von der innerpolitischen Entwicklung der nächsten Wochen und Monate ab. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß die Reichsregierung die von ihr klar erkannte und tiefempfundene Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird. Es geht um Deutschland!

Blätterstimmen

Berlin, 30. Okt. Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Rede des Reichsinnenministers, der größte Bedeutung beigelegt wird. Die D. Allg. Zig. sagt, die vorgedragenen Reformgedanken werden die warme Zustimmung weitester Volksschichten über die engen Parteigrenzen hinaus finden. — Der „Vorwärts“ steht in der Rede eine Anklage, daß der Weimarer Verfassung der Garau gemacht werden solle. — Der „Tag“ stellt fest, daß die Rede vielen böswilligen Verdächtigungen ein Ende gemacht habe. — Der „Vorkurier“ erklärt, die Anklagen nähern sich dem Standpunkt der Gegner der Regierung Papen. — Die „Post-Zig.“ glaubt, die Regierung will nunmehr den Verfassungstreit erklären und, wenn der Reichstag sich ihr nicht fügen sollte, ihren Weg auf eigene Faust weitergehen.

Aufhebung

des preussischen Wohlfahrtsministeriums

Berlin, 30. Okt. Am Freitag nachts 11 Uhr fand eine preussische Chefsprechung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Es wurde beschlossen, auf Grund der Sparermächtigung des Reichspräsidenten das preussische Wohlfahrtsministerium aufzuheben. Minister Hirsiefer bleibt vorläufig Mitglied des Staatsministeriums, dagegen fallen ein Staatssekretär, das Hauptbüro, das Archiv und die Registratur mit einer größeren Zahl von Beamten und Angestellten weg. Die Sachabteilungen des Ministeriums werden auf die übrigen Ministerien verteilt. Die Verordnung wird nach der Meinung politischer Kreise vielleicht noch den preussischen Staatsrat oder auch den Landtag beschäftigen.

In der Chefsprechung wurde weiter beschlossen, daß das preussische Handelsministerium künftig den Namen „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“ erhalten soll. Sämtliche Hoch- und Fachschulen, auch diejenigen, die bisher dem Landwirtschafts- oder Handelsministerium unterstanden, sollen beim Kultministerium vereinigt werden.

Belgischer Angriffsplan gegen Deutschland

Brüssel, 30. Okt. Der Brüsseler „Soir“ veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung des neuen Ministerpräsidenten Graf de Broqueville mit einem französischen Zeitungsvertreter über die belgische „Landverteidigung“. Auf eine Frage antwortete Broqueville:

„Seit Bestehen des belgisch-französischen Militärabkommens von 1920 sind die Besprechungen zwischen dem Brüsseler und dem Pariser Generalkommando abgebrochen. Jede der beteiligten Parteien ist von jeder Maßnahme der andern vertrauensvoll unterrichtet worden. Bei Beginn der Kampfhandlungen muß man den Krieg sofort in Feindesland tragen. Die Stärke des belgischen Heers von morgen wird sich nicht mit derjenige des belgischen Heers von 1914 vergleichen lassen. Zwischen dem Rhein und der belgischen Grenze gibt es jetzt einen deutschen Streifen, der weder Befestigungen, noch militärische Standorte aufweist. Die belgische Mobilmachung wird der Zusammenziehung deutscher Verbände um Tage voraus sein. Weiter soll man nicht vergessen, daß 250 000 Mann junge belgische Soldaten vom ersten Augenblick an von einer schweren Artillerie unterstützt sind, die man 1914 nicht besaß und die der deutschen Heeresleitung durch die Verträge abgesprochen ist. Das deutsche Heer wird erst mit starker Verzögerung schwere Artillerie heranziehen können. Am Rhein selbst wird man dem Feind entgegenzutreten. Ich habe immer diesen Standpunkt eingenommen und werde nicht davon abgeben. Niemals ist davon die Rede gewesen, den Feind hinter Betonmauern an der Grenze zu erwarten.“

Das neue belgische Kabinett beabsichtigt, zu erklären, Graf de Broqueville habe „als Ministerpräsident“ niemals eine Unterredung gewährt und auch keine derartigen Versicherungen gemacht. Amtlich wird also nicht bestritten, daß Broqueville vor seiner kürzlich erfolgten Ernennung zum Minister diese Erklärungen abgegeben hat. Von künftiger Seite werden bestimmtere Erklärungen gefordert. Der Brüsseler

jetzt „Zeit“ unterhalt enge Verbindungen mit dem „Paris-Temps“ und durch ihn mit der französischen Regierung. Nun soll der belgische Vertreter im Büro der Abrüstungskonferenz in Genf einen belgischen „Abrüstungsvorschlag“ überreichen. Die französische Regierung hat es daher zweifellos in diesem Augenblick für richtig gehalten, durch die Veröffentlichung der Unterredung die belgische Regierung auf jene Erklärung ihres Erziehungsministers, die kurz vor seinem Amtsantritt gemacht wurde, festzunageln.

Die Veröffentlichung ist Belgien begreiflicherweise höchst unangenehm, ist sie doch die beste Stütze für die deutsche Forderung der Gleichberechtigung.

Der „konstruktive“ Plan

Paris, 30. Okt. In der Abgeordnetenkammer stellte Ministerpräsident Herriot den französischen „konstruktiven Plan“ für die Abrüstung folgendermaßen dar:

Frankreich würde für einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung der Herabsetzung der kurzfristigen Dienstzeit für die im Mutterland lebenden Landwehreinheiten unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. daß alle Formationen, die dieser Heeresorganisation zuwiderlaufen, wie die Reichswehr, aufgelöst und die Polizeilich einbezogen würde;
2. daß die internationale Ueberwachung organisiert und das Recht der Nachforschungen (Investigationsrecht) verbindlich eingebegriffen würde;
3. daß, um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, ein regionaler Pakt für gegenseitige Hilfeleistung derart abgeschlossen würde, daß jede europäische Nation daran teilnehmen könne und daß die auf diese Weise vorgesehene Kollektivmacht ausreiche, um den Angriff zu unterdrücken. Diese Streitmacht müsse eine erste Staffelung von nationalen Kontingenten umfassen, die sofort verfügbar wären und über ein mächtiges Material verfügen;
4. daß die Vereinigten Staaten Sicherheitsbürgschaften, wie sie sie selbst ins Auge gefaßt haben, bewilligen würden;
5. daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbunds sich verpflichten würden, die Verpflichtungen aus Artikel 16 des Völkerbündnisses zu erfüllen und
6. daß das Schiedsgerichtsverfahren für alle Teilnehmer am Pakt pflichtmäßig sein würde.

Nachdem Herriot den Inhalt des Plans bekanntgegeben hatte, schloß er mit der Bemerkung, wenn dieser Plan abgelehnt werde, könne Frankreich nicht für das Scheitern der Konferenz verantwortlich gemacht werden.

Vor der Abstimmung erklärte Herriot, der konstruktive Plan finde seine Grundlage in den bereits im Genfer Protokoll aufgeführten Grundfahnen: Sicherheit, Schiedsgerichtsverfahren, Abrüstung. Auch der amerikanische Staatssekretär Stimson habe den Briand-Kellogg-Pakt so ausgelegt, daß im Kriegsfall keine Neutralität mehr möglich sei. Man müsse dies als eine Garantie ansprechen, daß es künftig keinen Sonderkrieg mehr gebe. Die durch Artikel 16 des Völkerbündnisses gegebenen Garantien gebe er nicht auf. Der französische Plan beruhe auf folgenden Grundfahnen: Nationen sollen Verteidigungsheere demokratischer Art erhalten; nationale Berufsheere sollen beseitigt werden, weil sie früher oder später der Mittelpunkt von politischen Bestrebungen würden. Wenn man einen demokratischen Staat wünsche, müsse man ihm ein demokratisches Heer verschaffen. Deutschland dürfe also seine Reichswehr nicht beibehalten.

Vertrauenserklärung für Herriot

Die Kammer hat um 1.20 Uhr früh mit 430 gegen 20 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Für die Vertrauensstagesordnung stimmten die Sozialisten, die Radikalen und die meisten Mitglieder der Abgeordneten der Mitte. Die 20 Gegner gehören der Rechten und der Republikanischen Föderation Louis Marin an. Der Rest der Kammer enthielt sich der Abstimmung.

Der Eindruck der Herriot-Rede in Berlin

Berlin, 30. Okt. Die gestrige Rede Herriots über den französischen Abrüstungsplan wird in Berliner politischen Kreisen als eine bemerkenswerte Erklärung des führenden französischen Staatsmannes angesehen. Zum ersten Male habe ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verlassen, daß der Versailler Vertrag unantastbar sei und daß der Teil V dieses Vertrags, der sich mit der deutschen Abrüstung beschäftigt, unberührt bleiben müsse. So unbestimmt die Vorschläge Herriots zur Abrüstungsfrage im einzelnen gehalten sein mögen und einer Erläuterung und Ergänzung noch bedürfen, so gebe aus ihnen doch hervor, daß Frankreich auch die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Län-

der hinsichtlich der Abrüstung mehr als bisher berücksichtigt wolle.

In Berlin wird darauf hingewiesen, daß die von Herriot erwähnte deutsche Forderung auf Gleichberechtigung keinesfalls, so wie er es tat, als ein Verlangen nach Aufrüstung bezeichnet werden kann. Wenn Frankreich die Deutschland im Versailler Vertrag verbotenen Waffen nicht abschaffen will, so bedeutet dies einfach eine Verwässerung der Abrüstung. Den weiteren Ausführungen Herriots, daß alles Uebel im Berufsheer liege, muß mit allem Nachdruck entgegengehalten werden, daß Deutschland sich diese Art von Heer nicht ausgewählt hat, sondern daß sie ihm durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Es erscheint deshalb sinnlos, daß man nun mit einem Mal gerade diese Art Heer als „besonders gefährlich“ bezeichnen will. Nehmlich widerspruchsvoll und unrichtig erscheint die Stellungnahme Herriots zur Frage der Miliz, die er für Frankreich als eine Verteidigungsorganisation ansieht, eine Kennzeichnung, die er Deutschland jedoch nicht zubilligen will.

Wenn Herriot eine internationale Kontrolle, die bis zum Investigationsrecht gehen solle, fordert, so kann man darüber reden, selbstverständlich unter der unbedingten Voraussetzung, daß diese Kontrolle gleichmäßig auf alle Staaten angewandt wird. Die einzelnen Sicherheitsvorschlüsse können eine Verhandlungsgrundlage bilden. Deutschland hat immer den Standpunkt eingenommen, daß es allen Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage zustimmen kann, die gleichmäßig für alle Staaten gelten. Die Bildung einer internationalen Polizeimacht kann nur dann einen Zweck haben, wenn diese Macht so stark ist, daß kein einzelnes Land sich dagegen wehren kann.

Unbeschadet einer Regelung im einzelnen kann zu dieser Forderung gesagt werden, daß Deutschland keine grundsätzlichen Widersprüche dagegen erheben würde, vorausgesetzt, daß es selbst an einer solchen Polizeimacht beteiligt wird. Für die Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit muß für Deutschland Voraussetzung die Frage sein, nach welchen Grundfahnen die Rechtspflege erfolgen soll. Keinesfalls darf der Versailler Vertrag das Gebot bilden.

Umbildung der preuß. Staatsverwaltung

Berlin, 30. Okt. Die Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 wird nunmehr im Amtlichen Preussischen Preßblatt veröffentlicht. Nach § 2 bestehen nunmehr folgende Fachministerien: 1. Ministerium des Innern, 2. Finanzministerium, 3. das Justizministerium, 4. das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 5. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 6. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgehoben. Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt. — § 3 bestimmt die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten des bisherigen Ministeriums für Volkswohlfahrt auf die bestehenden Ministerien. — § 4 setzt diejenigen Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fest, die auf andere Ministerien abgeweiht werden. — § 5 enthält die entsprechenden Bestimmungen für das Ministerium für Handel und Gewerbe. — § 6 ordnet an, daß die Zuständigkeit des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Entscheidungssachen auf das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übergeht. Die im Ministerium für Wissenschaft zu verwaltenden Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet: 1. Zentralabteilung, 2. Geistliche Abteilung, 3. Abteilung für Wissenschaft und Kunst, 4. Abteilung für Unterricht und Erziehung. — § 7 setzt diejenigen Zuständigkeiten des Justizministeriums fest, die auf andere Ministerien übergehen. Die Abteilungen des Ministeriums sind künftig 1. Personalabteilung, 2. Haushalts- und Verwaltungsabteilung, 3. Abteilung für bürgerliches und öffentliches Recht, 4. Abteilung für Strafrecht und Strafprozeß. Nach § 8 besteht das Finanzministerium künftig 1. eine Zentralabteilung, 2. eine Befoldungsabteilung, 3. eine Haushaltsabteilung, 4. eine Steuerabteilung, 5. eine Hochbauabteilung. — § 9 setzt diejenigen Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums des Innern fest, die auf andere Ministerien übergehen. Die Abteilungen des Innenministeriums sind künftig 1. Zentralabteilung, 2. Abteilung für Verfassungs- und Rechtsfragen, 3. Polizeibehörde, 4. Medizinalabteilung, 4b Veterinärabteilung, 5. Kommunalabteilung.

Die Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1932 in Kraft. Die sich aus der Umbildung ergebenden Ueberleitungsarbeiten müssen bis zum 1. Februar 1933 erledigt sein. Der Finanzminister nimmt die durch die Umbildung bedingte Änderung der Haushaltsansätze vor. Er stellt gemeinsam mit den Fachministern den neuen Stellenplan auf.

Die Ernennung der Reichsminister ohne Portefeuille, die für Uebernahme preussischer Ministerien (Finanzen und Inneres) in Betracht kommen, Dr. Popitz und Dr. Bracht, wird voraussichtlich am Montag erfolgen. Für das Kultusministerium soll der Greif-

walder Universitätsprofessor der Theologie Dr. Baehler in Aussicht genommen sein.

Beschluß des bayer. Gesamtministeriums

München, 30. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat dem Reichspräsidenten folgenden Beschluß des Gesamtministeriums übermittelt: „Der bayerische Ministerrat hat sich soeben auf Grund der ihm zugegangenen Unterlagen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugegliederung Preußens befaßt. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung der deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärung der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Weg und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird. Der Ministerrat bittet deshalb den Herrn Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

Hindenburg an Bayern

Berlin, 30. Okt. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler beauftragt, den bayerischen Ministerpräsidenten darüber aufzuklären, daß der Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums von festlichen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Maßnahmen des Reichs hielten sich völlig innerhalb der Befugnisse, die dem Reichskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofs zuerkannt seien.

Die Aussprache beim Reichspräsidenten

Berlin, 30. Okt. Beim Empfang des Reichskanzlers v. Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun führte der Reichspräsident einleitend aus, der Streit zwischen Reich und Preußen über die Verordnung vom 20. Juli sei durch das Urteil des Staatsgerichtshofs erledigt, er und die Reichsregierung stellen sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils. Es müsse beiderseits der lokale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ministerpräsident Braun gab eine Darlegung seiner Auffassung. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und Preußen könnten alsdann Verhandlungen stattfinden. Reichskanzler v. Papen erklärte, die Reichsregierung habe die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt, nur staatspolitische Erwägungen haben zu ihren Maßnahmen geführt. Der Reichskommissar könne sich nicht darauf beschränken, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern er müsse weiterhin die gesamte Erteilung einheitlich in der Hand behalten. Der Reichskommissar werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben. Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht dulden. Eine Einigung hierüber werde nicht erzielt. Der Reichspräsident hob hervor, daß es zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reichs in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reichs in einheitlichen Bahnen zu führen. Es wurde vereinbart, daß über die beiderseitigen Zuständigkeiten weitere Verbindung zwischen dem Reichskommissar und der preuß. Staatsregierung gehalten werden soll.

Neue Nachrichten

Papen und Braun bei Hindenburg

Berlin, 30. Okt. Reichskanzler v. Papen und Ministerpräsident Braun begaben sich gestern kurz nach 12 Uhr zu dem angekündigten Besuch bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg.

In der Wilhelmstraße vor dem Reichskanzlerpalais, in dem der Reichspräsident, wie bekannt, zur Zeit wohnt, hatte sich ein großes Publikum eingefunden, um die An- und Abfahrt zu beobachten. Die Unterredung dauerte etwas über eine Stunde. Gegen 1.15 Uhr verließ Ministerpräsident Braun das Reichskanzlerpalais.

Dr. Schnee aus der DVP. ausgeschieden

Berlin, 30. Okt. Gouverneur z. D. Dr. Schnee hat an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabg. Dingeldey, ein Schreiben gefandt, in dem er seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Dr. Schnee sagt u. a., daß er die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau Deutschlands und zu seiner Befreiung vom Druck des Versailler Diktats für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Hierfür sei die Mitwirkung der nationalsozialisti-

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

48. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

So waren die beiden sehr glücklich. Kollege Waker sah ihnen mit scheelen Augen zu. Er konnte es noch nicht verschmerzen, daß sein bester Freund dem edlen Junggesellenstand abtrünnig geworden war. Trotz dieser für ihn so herben Enttäuschung war er mit dem Gesamtergebnis seiner Europareise zufrieden. Die neue Oper würde, wie in Deutschland, so sicher auch in Amerika ihren Siegeszug über die Bühne antreten.

Der Komponist Kurt Bloch und Constanze Brezina beabsichtigten, im Laufe des Juli die Ueberfahrt anzutreten. Verpflichtungen hielten sie so lange noch in Deutschland zurück. Die Schauspielerin war durch ihren Vertrag bis 1. Juli in Berlin gebunden. Der Komponist hatte verschiedene Dirigentengastspiele in Deutschland übernommen. So kam man überein, getrennt zu fahren. William Waker wollte in der Zwischenzeit die notwendigen Vorbereitungen für die Tournee treffen und die Oper einstweilen einstudieren lassen, so daß man dann sofort mit den Gastspielen beginnen konnte, wenn der Komponist anlangte.

Kurt Bloch fuhr zu seinem Dirigentengastspiel nach Hannover, wo seine Oper früher herauskam als in Berlin. Julius Andermatt und Waker benutzten die Gelegenheit, um sich die Oper in Hannover anzuhören. Harfield hatte einer Wiener Aufführung beigewohnt und war begeistert gewesen.

Anne Crusius begleitete den Geliebten zu der Aufführung.

Ludwig Andermatt ahnte nichts, als er im bequemen Parkettstuhl saß, daß diese Aufführung ihm den Mörder des Bruders nennen würde. Mit aller Aufmerksamkeit hörte er der Musik zu.

Plötzlich, mitten in der Ouvertüre von „Rasputin“ stutzte er und erschrickt.

Das . . . das hat er doch schon einmal gehört, in einem ganz anderen Werke! Er überlegt und findet Anklänge an die Musik des Bruders.

Er wendet sich zu Waker und zwei ernste Augenpaare begegnen sich.

Da, im ersten Akt, bei der großen Arie Rasputins, die die Schar der Zuhörer begeistert mitreißt, die dem Sänger einen Sonderapplaus bringt, da weiß er . . . Bloch hat die Musik gestohlen. Es ist seines Stiefbruders Musik.

Waker, und in der Pause auch Anne, die ganz verzückt gelauscht hatte, merken die tiefe Erregung Andermatts.

Waker sagt lachlich-nüchtern zu seinem Kompagnon: „Die Musik ist gestohlen . . . von Ihrem Bruder, lieber Andermatt!“

„Ja!“ spricht Ludwig heiser. „Jetzt . . . jetzt . . . ohne ich, warum mein Stiefbruder ermordet wurde. Jetzt ohne ich, was ihm gestohlen wurde: Die Oper! Die wir so mit Schmerzen gesucht haben. Und der Bube sitzt am Pult und läßt sich für den Toten feiern.“

„Was werden Sie tun?“

„Was ich muß, Mr. Waker. Heute noch bin ich bei Bloch und schrei' ihm ins Gesicht, daß er der Mörder ist. Mein Freund Britton soll für diesen Schuft keine Stunde länger sitzen.“

„Richtig, Mr. Andermatt!“

Anne hat zugehört und kann sich alles nicht recht erklären.

„Was hast du, warum bist du so aufgeregt, Ludwig?“

„Ich habe allen Grund, Anne . . . ich . . . nacher will ich dir alles erzählen!“

Der nächste Akt beginnt.

Ludwig horcht ganz ruhig zu. Immer klarer wird ihm alles. Er hört ganz genau, wo seines Stiefbruders Töne erklingen und wo der Dieb pfuschend besondere Uebergänge schuf, die matt und stümperhaft klingen.

Trotz der Bloch'schen Schwächen ist die Wirkung des Wertes eine ganz großartige.

Tiefer Schmerz erfüllt Andermatt, als er an seinen Stiefbruder denkt, der begnadet war zu den höchsten Meisterwerken und durch einen Buben, der ihn bestahl, den Tod fand.

Die Oper geht zu Ende.

Das Publikum raft, unzählige Vorhänge, Bloch, der krank und bleich, einem Gespenst mehr als einem Menschen ähnlich sieht, muß sich unzählige Male verneigen.

Andermatt hat Eile, aus dem Haus zu kommen.

Im Hotel erzählt er der entsetzten Anne alles Nähere.

Selbst der immer gleichmütige, phlegmatische Waker ist in Aufregung gekommen.

Nach der Vorstellung mußte der Komponist die üblichen Glückwünsche über sich ergehen lassen, Abordnungen und prominente Größen des Kunst- und Geisteslebens der Stadt empfangen. Er plagte sich eine Stunde lang herum, schlug dann aber energisch die Einladung zum Festessen aus. Ein heftiges Unwohlsein habe ihn befallen und er müsse unbedingt sofort Ruhe haben. (Fortsetzung folgt.)

Schritt Bewegung unerlässlich. Es erfüllte ihn mit großer Sorge, daß die innenpolitischen Ereignisse zur entgegen- gesetzten Entwicklung geführt haben. Seiner Ueberzeugung nach mache es die außenpolitische Lage notwendig, daß die gegenwärtig mangelnde breite Grundlage im deutschen Volk geschaffen werde. Von dem Standpunkt aus, von dem aus er sich in den vergangenen Jahren politisch betätigt habe, sehe er keine Möglichkeit mehr, im Rahmen der Deutschen Volkspartei weiter zu wirken.

Nach dem „Oberschlesischen Wanderer“ ist Graf Ballo- streim aus der Zentrumspartei wegen deren Bekämpfung der Regierung Papen ausgetreten.

Hugenberg gegen DVp.

Dresden, 30. Okt. In einer Versammlung von Industriellen erklärte Dr. Hugenberg, es sei weder taktvoll noch klug, wenn die Deutschnationale Volkspartei im gegenwärtigen Wahlkampf von Führern der Deutschen Volkspartei in ganz ungeschöner Weise angegriffen werde, nachdem die Deutschnationalen bei der letzten Wahl die DVp. durch Uebernahme der Reststimmen vom Tod errettet und auch diesmal wieder in selbstloser Weise die Unterstützung gewährt habe. Er und die DVp. vertreten die Kontingenterung in voller Uebereinstimmung mit vielen Industriellen, gerade auch zugunsten der Industrie und des Handels. Wenn Schäden aufgetreten seien, so liege das an der Art der Ausführung.

Der Königsberger August-Terror vor dem Sondergericht

Königsberg, 30. Okt. Vor dem Sondergericht begann am Samstag der Prozeß gegen 19 Nationalsozialisten, die beschuldigt werden, an den Terrorakten vom 1. August beteiligt gewesen zu sein. Zunächst wird gegen 11 Angeklagte verhandelt, denen vorgeworfen wird, einen zweistöckigen Schuppen und eine Laube in Brand gesteckt und mehrere Wohngebäude beschädigt zu haben. Die Angeklagten verweigerten die Aussagen.

Verfuchte Spionage

Breslau, 30. Okt. Das Oberlandesgericht verurteilte den 35jährigen polnischen Grenzbeamten Proszyno aus Krakau wegen verfuchten Verbrechens gegen § 3 des Spionagegesetzes und wegen Passvergehens zu 3 Jahren und 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Kommunistische Zellenbildung im polnischen Heer

Posen, 30. Okt. Die Posener Behörden haben eine kommunistische Zelle ausgehoben, die in der Posener Garnison eine sehr rege propagandistische Tätigkeit entfaltet. Bis jetzt konnten vier Personen verhaftet werden, darunter zwei Studenten der Warschauer Universität. Zahlreiche Hausdurchsuchungen haben starkes Belastungsmaterial zutage gefördert.

Studentenunruhen, die in Warschau ausgebrochen sind, haben auch die Posener Studenten erfasst. Es fanden zahlreiche Kundgebungen statt, um gegen die neuen Pläne der Regierung zur Einschränkung der Freiheit der Hochschulen Einspruch zu erheben. Die Polizei hat über 50 Verhaftungen vorgenommen.

Württemberg

Tagung der württ. Ortsvorsteher

Stuttgart, 30. Okt. Unter außerordentlich großer Beteiligung aus dem ganzen Land fand gestern vormittag im Stadionsaal die Mitgliederversammlung der Vereinigung Württ. Ortsvorsteher E. V. statt. Der Vorsitzende, Staatsrat a. D. Bürgermeister Rath (Lustnau), begrüßte die Mitglieder und Gäste, Vertreter der Regierung, Landtagsabgeordnete usw. Der Geschäftsbericht befaßt sich zunächst mit den Gehaltskürzungen und wendet sich gegen die Auflockerung der Körperchaftsbesoldung. Anerkannt wird, daß der weitaus größte Teil der Gemeinden von einer Herabsetzung der nicht sachmännlich vorgebildeten Ortsvorsteher abgesehen hat. Der Bericht geht dann weiter auf die Schwierigkeiten der Rathausarbeiten ein. Der Ortsvorsteher komme aus der dauernden Unruhe nicht mehr heraus. Der Steuerdruck werde immer empfindlicher. Persönliche Zusammenstöße im Beruf häufen sich auch bei solchen Ortsvorstehern, von denen bekannt ist, daß sie Jahrzehnte lang verstanden haben, mit der Bevölkerung gut auszukommen. Viele Ortsvorsteher, die früher im Staatsdienst waren, bedauern es bitter, einen Stellungswechsel vorgenommen zu haben. Den Ortsvorstehern, deren Wahlzeit in Kürze abläuft, werden gewisse Notverordnungen steuerlicher Art nur selten gut bekommen. Die Ortsvorsteher verlangen, daß in dieser schweren Zeit Ortsvorsteherneuwahlen um 4 bis 5 Jahre hinausgeschoben werden und die Wahldauer der Bürgermeister entsprechend verlängert wird. Die Ortsvorsteher wünschen vom Gesetzgeber den Schutz zu erhalten, den sie zu einer ordnungsmäßigen Durchführung ihrer Aufgaben notwendig haben. — Anschließend hielt Dr. Schöbel einen Vortrag über „Die rechtliche Stellung des Ortsvorstehers im Württ. Gemeindericht“. Die nächstjährige Mitgliederversammlung findet in Bietigheim statt.

Stuttgart, 30. Okt. Landesversammlung der Württ. Verwaltungsaktive. Unter dem Vorsitz von Verwaltungsaktiver Wonnacker (Blaubeuren) hielten am Samstag im „König von Württemberg“ die Württ. Verwaltungsaktive ihre diesjährige Landesversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Tätigkeitsbericht, wobei er besonders das Körperschaftsbesoldungsgesetz und die Bürgerkreuzer behandelte. Verwaltungsamtman Simon (Ehlingen) gab den Kassenbericht, worauf Verwaltungsamtman Kohler (Loupheim) über die neuesten Notverordnungen mit besonderer Berücksichtigung der die Landgemeinden berührenden Vorschriften sprach. Die Wahlen ergaben keine wesentlichen Veränderungen.

Gründung einer Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Lufthafenverbandes. Am 27. d. M. abends hatten sich im Sitzungssaal der Handelskammer die bisherigen Einzelmitglieder sowie eine größere Anzahl Vertreter von Verbänden aller Richtungen und sonstige Interessenten zur endgültigen Gründung einer Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Lufthafenverbandes E. V. zusammengefunden. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Oberingenieur Büggeln gewählt. Bei der Gründung wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, alle zur Zeit in Bildung befindlichen Ortsgruppen bald zu einer Landesgruppe Württemberg zusammenzufassen. Im Lauf der Aussprache wurde nachdrücklich betont, daß jegliche parteipolitische Betätigung ausscheidet.

17 000 Jtr. Kartoffeln für die Notleidenden Stuttgarts. Als erste Winterhilfsmaschine werden in diesen Tagen von der Zentralleitung für Wohltätigkeit mit Mitteln der Württ. Nothilfe in Groß-Stuttgart an etwa 8000 Familien rund 12 000 Zentner Kartoffeln unentgeltlich verteilt. Etwa 24 000 Köpfe können dabei mit je ¼ Zentner bedacht werden. Gleichzeitig geben auch die evang. Stadtmision (Landesverband der Inneren Mission) und der Caritasverband im Benehmen mit den Stadtpfarrämtern an weitere 3000 Familien Stuttgarts etwa 5000 Jtr. Kartoffeln ab, die sie bei den großen Lebensmittelsammlungen in den Landgemeinden erhalten haben. Die von der Zentralleitung für Wohltätigkeit verteilten Kartoffeln sind mit für Stuttgart bestimmten Spendemitteln im eigenen Land aufgekauft. Auch außerhalb Stuttgarts kommen zur Zeit in vielen Gemeinden von der Landwirtschaft geschenkte oder zu billigem Preis erhaltene Kartoffeln zur Verteilung.

Die Stadt kauft Bilder. Vor einigen Tagen machten die Mitglieder der Inneren Abteilung des Gemeinderats unter Führung von Bürgermeister Dr. Klein der Juryfreien Kunstausstellung einen Besuch. Nach dem Besuch wurden von der Stadt mehrere Ankäufe gemacht.

Zu der Verletzung des Hauptlehrers a. D. Ernst Wagner in die Universitätsklinik in Tübingen wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Wagner aus Erbrechen des Vorstands der Klinik auf kurze Zeit dorthin verbracht wurde, um in der Tagung der Südwestdeutschen Psychiater, die am 22. und 23. Oktober 1932 in Tübingen stattfand, vorgestellt zu werden. Wagner ist ein wissenschaftlich außerordentlich interessanter Fall, und es sollte deshalb den Teilnehmern an der Versammlung die Möglichkeit gegeben werden, Wagner, dessen Krankheit in der Fachliteratur gerade von Professor Gaupp schon wiederholt eingehend behandelt wurde, auch persönlich kennen zu lernen. Wagner ist keineswegs geheilt, seine Entlassung aus der Irrenanstalt kommt nicht in Frage, er wird in allernächster Zeit wieder in die Heilanstalt Winnental zurückgebracht werden.

Warnung. Vom Fernsprechamt Stuttgart wird mitgeteilt: Der hiesige Teilnehmer 207 24, Zul. Würzburger, Rathenaustraße 5, brachte dem Fernsprechamt heute zur Meldung, daß ihm von einem Mann mit blauer Mütze ein kleiner Blechschloß zu dem außergewöhnlich hohen Preis von 40 Pf. verkauft worden sei. Auf dem Schloß stehen die Rufnummern für Feuer-, Ueberfall- und Unfallmeldungen sowie für Auskünfte beim Fernsprechamt, Störungsanmeldung und genaue Zeit. Da das Dienstmädchen die Abnahme verweigerte, drängte sie der Mann zur Abnahme mit der Begründung, er komme von der Post und diesen Schloß müsse jeder Fernsprechteilnehmer kaufen. — Ein Aufruf der Deutschen Reichspost zum Verkauf derartiger Schloßer ist nicht erteilt worden. Die Angaben des Händlers sind also unrichtig.

Cannstatt, 30. Okt. 80. Geburtstag. Am 1. November darf Dekan a. D. Färber hier seinen 80. Geburtstag begehen. Geboren in Stuttgart 1852 war er zuerst Helfer in Neuenstadt an der Linde, dann Helfer und Bezirksschulinspektor in Urach, Dekan und Bezirksschulinspektor in Marbach, endlich 20 Jahre lang 1. Stadtpfarrer an der Lutherkirche in Cannstatt. 1924 trat er in den Ruhestand.

Aus dem Lande

Hall, 30. Okt. Berufung ins Ausland. Studienrat Dr. R. Steigler an der hiesigen Oberrealschule hat einen ehrenvollen Ruf als Leiter der deutschen Oberrealschule in Rotterdam bekommen und wird sein neues Amt im Frühjahr des nächsten Jahres antreten. Er war vor seinem Eintritt in Hall mehrere Jahre als Lehrer an der deutschen Schule in Madrid tätig.

Fredenskiold, 30. Okt. Verurteilung wegen Amtsuntererschlagung. Ein 57 J. a. Amts- und Polizeidiener aus einem Ort des hiesigen Oberamtsbezirks wurde vom Schöffengericht wegen Unterschlagung und Untreue zur Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Beamte, der schon jahrelang sein Amt zur Zufriedenheit ausgeübt hatte, verbrauchte von ihm eingezogene Gerichtsgebühren für sich selbst. Da er die Gelder nicht als einfacher Bote, sondern als Beauftragter einer Staatskasse einzog, machte er sich eines Vergehens der Untreue schuldig. Die unterschlagene Summe betrug etwa 150 Mark.

Ulm, 30. Okt. Zweimal vom Schwurgericht verurteilt, das drittemal freigesprochen. Zum drittenmal stand der ledige 33 J. a. Landwirt Hans Fahrion von Stötten W. Geisingen wegen Weineids vor dem Schwurgericht. Die ganze Sache drehte sich darum, ob der Landwirt Johannes Kohn von Stötten beim Holzführen mit dem Schlitzen am 23. Dezember 1929 seinem Handpferd einen Schellenriemen angelegt hatte oder nicht. Die erste Verhandlung fand am 2. Oktober 1931 vor dem Schwurgericht Ulm statt. Fahrion wurde unter Anwendung des Milderungsparagrafen wegen Weineids zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Landgericht wurde abgelehnt. Das Oberlandesgericht hat aber dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben. Die zweite Verhandlung gegen Fahrion fand am 12. und 15. Oktober 1931 vor dem Schwurgericht Ulm statt. Auch diesmal wurde Fahrion verurteilt. Es wurde deshalb beim Reichsgericht Revision eingeleitet und diese abgelehnt, während der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Landgericht Ulm Erfolg hatte. Die dritte Verhandlung endete nun damit, daß Fahrion freigesprochen wurde.

Ennelach, W. Saulgau, 29. Okt. Versuchter Kircheneinbruch. In der hiesigen Pfarrkirche wurden am Tabernakel Spuren von Brech- und Schlagwerkzeugen festgestellt. An der Kirchentüre fanden sich keine Spuren eines gewalttätigen Oeffnens. Von den Tätern hat man noch keine Spur. Entwendet wurde nichts.

Friedrichshafen, 30. Okt. Das Ende eines Bodenseedampfers. Vorgestern nachmittag wurde von der Schweizerischen Dampfsbootverwaltung Romanshorn der Rumpf des alten Dampfers „Helvetia“ vom Dampfer „Rhein“ in den See hinausgeschafft und in Höhe Arbon mitten im See in die Tiefe gesenkt. Am Bug war die schweizerische Landesflagge befestigt, und es war interessant, zu sehen, wie sich immer langsamer das Heck des einst so stolzen Schiffes senkte und plötzlich mit dem Bug in der Höhe das ganze Schiff senkrecht versank. Damit ist wieder eines der alten Schiffe der Bodenseeflotte verschwunden.

Lokales.

Wildbad, 31. Oktober 1932.

Ein fürchterliches Unglück passierte am Samstag abend zwischen 7 und 8 Uhr auf der Landstraße zwischen Wildbad

und Calmbach. Der in den 50er Jahren stehende verheiratete Fuhrmann Gustav Sieb von hier fuhr mit seinem leeren Langholzfuhrwerk, streng die vorchristliche rechte Fahrbahn einhaltend, der Heimat entgegen, während das Lastauto der Mehl- und Futtermittelgroßhandlung Lay-Pforzheim von Wildbad kommend, in etwas scharfem Tempo anscheinend das Pferd anfuhr, das sich, der Sachlage nach, nach hinten überstülpte, vermutlich dabei auf seinen Herrn, der auf dem Wagen saß, stürzte und diesen todrückte, während das Pferd mit schweren Körper- und Kopfwunden, und gebrochenen linken Vorderbein in entgegengelegter Richtung neben den Wagen zu liegen kam. Das Auto fuhr noch eine Strecke weiter und lehrte dann zur Unfallstelle zurück, wo Fuhrmann und Pferd bereits tot vorgefunden wurden. Passanten machten sofort Meldung bei der Landjägerstelle in Calmbach, worauf die Gerichtsbehörde unter Anwesenheit von Amtsrichter Pflizenmaier zur Unfallstelle eilte und den Tatbestand unter Zuhilfenahme eines Photographen feststellte. Der Tote wurde in der Nacht noch ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert und sezert. Die Schuldfrage ist bereits einwandfrei geklärt. Die Aufregung, die dieses gräßliche Unglück unter der Einwohnerschaft hervorrief, und die Verbitterung gegen den sabrassigen Autoführer, ist unbeschreiblich und die Teilnahme für die Familie und für den so früh aus dem Leben Gerissenen, der als ein außerordentlich nützlichem, ruhiger, peinlich genauer, arbeitamer Mann galt, ist allgemein.

Beaufsichtigung von Zweckparkassen. Wiederholt hat sich die Handwerkskammer Reutlingen bei der Regierung dafür eingesetzt, daß die Zweckparkassen einer Beaufsichtigung durch das Reich unterstellt werden, zumal in letzter Zeit eine Reihe Neugründungen zu verzeichnen sind. Da mit einer gesetzlichen Regelung wohl noch einige Zeit verstreichen wird, wird den Angehörigen des Handwerks empfohlen, bevor Verträge mit einer Zweckparkasse abgeschlossen werden, sich mit der Handwerkskammer in Verbindung zu setzen.

Einen Seefischkurs konnte der hiesige Hausfrauenverein dank dem lebenswürdigen Entgegenkommen von Stadt und Schule diesen Monat abhalten. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Filmvortrag, in dem Fang, Verpackung und Beförderung der Seefische vorgeführt wurden und auf die hohe gesundheitliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Seefischverbrauchs hingewiesen wurde. Der 2. Teil war praktischen Kochvorführungen gewidmet. Neben Suppe gab es da die delikatesten Buletten, Aufläufe, Puddings usw. alles aus Seefischen hergestellt und mit unserem einheimischen Gemüse zubereitet. Es war schwer zu entscheiden, welchem Gerücht der Preis zu geben sei, alles schmeckte vorzüglich. Hochbefriedigt von dem Gebotenen, wird es wohl keiner der Teilnehmerinnen schwer fallen, die Mahnung zu beherzigen! Eßt Fisch und bleibt gesund und frisch!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Therese Neumann ist einverstanden. Wie oberpfälzische Blätter berichten, hat Therese Neumann in Konnersreuth sich mit der medizinwissenschaftlichen Untersuchung ihres Zustands einverstanden erklärt. Es ist möglich, daß die Untersuchung an der Universität Würzburg unter Mitwirkung des dortigen missionsärztlichen Instituts stattfindet.

107 Jahre. Im Altersheim in Reidenburg (Ostpr.) feierte der frühere Landwirt Friedrich Sadowski den 107. Geburtstag. Dabei wurden ihm viele Ehrungen zuteil.

Unterschlagungen eines Kirchenkasstellers. Bei der Revision der Kirchenkasse in Pulsnik (Sachsen) wurde festgestellt, daß der Kirchenkassteller Peisker Unterschlagungen in Höhe von 62 000 Mk. begangen hat. Peisker hat die Unterschlagungen zugegeben. Er wurde in Haft genommen.

Brilliantendiebstahl im Schnellzug. Einem Kaufmann aus Antwerpen, der in einem Abteil 3. Klasse des Schnellzugs Köln-Frankfurt a. M. eingeschlafen war, wurde aus seiner Tasche ein Briefumschlag, der 200 Brillanten im Wert von 16 000 Mark enthielt, gestohlen.

Große Viehdiebstähle. Wie feinerzeit berichtet, war in den Sommermonaten in der Umgebung von Köln viel Vieh von den Weiden gestohlen worden. Der Kriminalpolizei ist es nun gelungen, 30 solche Diebstähle mit 65 Stück Großvieh und gegen 100 Schafen aufzuklären. Es handelt sich um eine Bande von Viehwärtern und Kleinmehrgern, die die Tiere nachts von der Weide, aus dem Pferd, aber auch aus Stalungen stahl und das Fleisch an gutgläubige Landmehrer verkauften. Mehrfach sind die Tiere ganz unsachgemäß und mit ungeeignetem Gerät so grausam abgeschlachtet worden, daß sie beim Herausnehmen der besten Fleischstücke noch nicht ganz tot waren. Durch die Diebstähle ist ein Schaden von über 20 000 Mark entstanden. Pferdeblicke haben sich nur einmal bemerkbar gemacht.

Neuer Ozeanrieser. Auf der französischen Werft St. Nazaire ist der 73 000 Tonnen große Dampfer „Normandie“, das größte Schiff der Welt, am 29. Oktober vom Stapel gelaufen.

Die Fußballspiele vom Sonntag.

Gruppe Württemberg

Stuttgarter Kickers — Sportv. Feuerbach 6:4
Union Bödingen — VfB. Stuttgart 3:3
Sportfr. Ehlingen — FC. Pforzheim 2:2
Stuttgarter Sportklub — Normannia Gmünd 5:1
Germania Brödingen — FC. Birkenfeld 6:1

Gruppe Baden

FC. Freiburg — Karlsruher FB. 2:1
Phönix Karlsruhe — VfB. Karlsruhe 6:0
FC. Mühlburg — FB. Offenburg 3:0
Spielogg. Schramberg — Frankonia Karlsruhe 7:3
SpGl. Freiburg — FB. Rastatt 4:1

Gruppe Nordbayern

SpVgg. Fürth — ASV. Nürnberg 4:1
FC. Nürnberg — Würzburger Kickers 4:3
FB. Würzburg — FC. Bayreuth 7:0
FC. Schweinfurt — SpVgg. Erlangen 5:0

Gruppe Südbayern

ESV. Ulm — Wacker München 4:0
SpVgg. Landsbut — Schwaben Augsburg 3:1
1860 München — Ulm FB. 7:2
DSV. München — Jahn Regensburg 4:0

Gruppe Rhein

08. Mannheim — Phönix Ludwigschafen 1:3
SpVgg. Mundenheim — VfR. Kaiserslautern 3:2
Amicitia Biernheim — VfR. Mannheim 2:4
VfL. Neckarau — SpVgg. Sandhofen 2:1
Germania Friedrichsfeld — SpV. Waldhof 1:3



Auftakt zu den Reichstagswahlen. Deutschnationale Wahlversammlung.

Am 28. ds. Mts. sprach in einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei der Landtagsabgeordnete Dr. Schott über das Thema: „Parteiobzentrismus oder unabhängige Staatsführung“. Redner erinnerte daran, daß seine Partei von Anfang an auf die Schäden des parlamentarisch-demokratischen Systems hingewiesen habe. Die Schäden bestehen darin, daß in einem Staat, in dem die Parteien die Staatsführung haben, zwangsläufig eine Unsicherheit, Korruption, Parteiobzentrismus, Zerrüttung der Staatsfinanzen, steuerliche Überlastung der Bürger kommen müsse. Er wies darauf hin, daß schon 1919 die Bürgerpartei verlangt habe, daß in der Verfassung die Bestimmung gestrichen werden müsse, daß die Sozialisierung der Wirtschaft Aufgabe des Staates sei, daß dagegen von ihr verlangt worden sei, daß der Schutz des Mittelstandes und der Landwirtschaft verfassungsgemäß festgelegt werde. Redner belegte dies an einer Anzahl von Beispielen. Insbesondere wies er darauf hin, daß in Preußen die 3 Systemparteien Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie die Gelder der Preußenkasse bestimmungswidrig dazu benützt hätten, um ihnen besoldete Personen und Zeitungen zu stützen, statt der Landwirtschaft und dem Gewerbe zu helfen. Er beleuchtete die Ergebnislosigkeit der Außenpolitik und die verhängnisvollen Wirkungen des Youngplans, die Hugenberg richtig vorausgesehen habe.

Redner betonte sodann die Notwendigkeit des Zusammenchlusses der nationalen Front gegen die Systemparteien und bedauerte, daß die Nationalsozialisten wegen des Jähletrausches ihrer Führer die nationale Front verlassen haben, weil sie geglaubt hätten, als Partei alles allein machen zu können. Er wies darauf hin, daß die Nationalsozialisten früher das parlamentarische System bekämpft haben, daß sie das Zentrum erbittert bekämpft haben, daß sie die Regierung Rappin begrüßt haben, und daß sie nunmehr die frühere Richtung vollständig verlassen hätten, weil sie von Parteifucht erfüllt seien, statt den Blick auf das Ganze zu lenken.

Die Regierung Rappin sei eine Regierung unabhängiger Männer, welche die Unterstützung der Deutschnationalen haben werden, wenn sie ihrem Grundgesetz getreu die Staatsgeschäfte in nationalem Sinn führe, das heißt außenpolitisch die Interessen des deutschen Volkes kräftig vertrete, innenpolitisch den Anflug des Parteiwesens bekämpfe und wirtschaftlich die Maßnahmen treffe, welche geeignet sind, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, insbesondere dem Mittelstand, dem Gewerbe und der Landwirtschaft zu helfen und damit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Redner betonte, daß dieses Ziel nur erreicht werden könne, wenn das ganze Volk mitwirke, und daß auch die Kritiker dieses Wert nicht sabotieren dürfen, da sie sonst mithelfen, die Chancen dieses Planes zu zerstören.

Eine Rettung aus der derzeitigen Not sei nur möglich, wenn die Privatwirtschaft von den vernichtenden Steuerlasten erlindert und dadurch instand gesetzt wird, den Arbeitern wieder Arbeit und damit Brot zu geben. Die Regierung müsse den Hugenbergischen Satz befolgen: „Sozial ist, wer Arbeit schafft“, dagegen müsse sie sozialistische Experimente und Förderung des internationalen Großkapitals ablehnen. Redner wies darauf hin, daß jedes sozialistische Programm gerade im Interesse der Arbeiter zu verwerfen sei, da nach den Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte durch den Sozialismus jede Volkswirtschaft vernichtet werde, und daß dies auch für das nationalsozialistische Programm, das zudem widerspruchsvoll sei, zutreffe.

Zum Schluß richtete der Vortragende die Mahnung an alle Parteien, sich nicht gegenseitig zu zerfleischen, nicht im Parteiobergang unterzugehen, sondern sich gegenseitig menschlich zu achten und wettzueifern in der Sorge für das ganze Volk. Dieses Ziel könnte aber nur erreicht werden, wenn nicht eine Partei die Führung für sich allein beanspruche, wenn die Parteien sich endlich darauf besinnen, daß auch die Parteiführer nur dazu da sind, dem Volke zu dienen, und es nicht zu beherrschen.

In der Aussprache wurde von einem Diskussionsredner in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter betont, daß es Aufgabe der Regierung sein müsse, entsprechend den deutschnationalen Forderungen das Handwerk zu fördern.

Apotheker Stephan leitete die Versammlung und richtete die dringende Mahnung, Wahlpflicht auszuüben. Wer am 6. November der Wahlurne fernbleibt, schwächt die Kampf-

trast für die Staatsautorität. Wer sich zu der Parole bekennt! Gegen die Herrschaft der Parteien! Für die Macht des Staates! wählt Deutschnational, Liste 5.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 1. November:
6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Ökonomie, 6.55: Wetterbericht, Nachrichten, 7.00-8.00: Konzert, 10.00: Lieber, 10.30: Schulfunk, 7. Sonntag, 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.30: Wetterbericht, 12.00: Promenadenkonzert, 13.00: Schallplatten, 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Schallplatten, 14.30-15.00: Englischer Sprechunterricht für Fortgeschrittene, 16.00: Pianodunde, 16.30: Frauenkunde: „Kaiserspiele“, 17.00: Konzert, 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten, 18.30: Vortrag: Das rote Kreuz, 19.00: Adressenliste, 20.00: „Aus dem Schaffen der Lebenden“ I. Württemberg und Baden, 22.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45-23.30: Konzert für 2 Klaviere.

Handel und Verkehr Die Marktlage

Das Ausland, besonders Holland, ist bemüht, vor dem Inkrafttreten der neuen Kontingentierungsmaßnahmen noch den billigsten Zollfuß von 50 Mark je Ztr. auszunutzen. Das Butterangebot vom Ausland war daher in der abgelaufenen Woche recht bedeutend. Dazu wurden den deutschen Käufern noch günstige Zahlungsbedingungen eingeräumt. Während daher laienmäßig in gegenwärtiger Uebergangszeit von der Weide zur Stallfütterung sich eine gewisse Verknappung zu zeigen pflegt, konnte man jetzt eher von einer Butterschwemme sprechen. In Kempten verlief das Geschäft denn auch recht ruhig. Die Notierung mußte um je 3 Mk. auf 100 und 88 Mk. je Ztr. herabgesetzt werden. Die Erlöse für Martenbutter bewegten sich hauptsächlich zwischen 114-115 Mk. ab Rafferei. Da bis zum Inkrafttreten der Einfuhrkontingentierung das Ausland den bisherigen günstigen Zoll nach Möglichkeit auszunutzen versuchen wird, wird der Buttermarkt zunächst wohl überflutet sein.

Im Käsemarkt hat sich die Lage kaum verändert. Bei Emmentaler zeigt sich der Großhandel noch recht zurückhaltend im Einkauf, verschiedene Käseereien haben daher den Versuch gemacht, ihre Erzeugnisse, allerdings zu gedrückten Preisen, direkt am Markt abzusetzen. Förderlich war hierfür, daß im westdeutschen Industriegebiet, das ein Hauptabgabengebiet für den billigeren, aber untermittelmäßigen finnischen Hartkäse ist, die Nachfrage nach dem saftigeren Allgäuerkäse gestiegen ist. Kempten notierte unverändert 75-80, 66-71 und 59-62 Mk. Für Limburger bestand lebhaftere Nachfrage, die mit padreifer Ware nicht einmal durchweg befriedigt werden konnte, grüne Ware war dagegen zur bisherigen Notierung von 23-24 Mk. je Ztr. genügend vorhanden. Der Großhandelspreis für padreife Limburger blieb bei 30-32 Mk., ab Rafferei 26-27 Mk. Für die Folgezeit erscheint die Absatzlage nicht ungünstig, da Holland keine Preise andauernd erhöht. Die Preislage bei uns dürfte sich aber kaum merkenswerter bessern, bis die nunmehr fest zugedachte Kontingentierung der Käseinfuhr in Kraft gesetzt ist.

Das Eiergeschäft wurde durch den neuen Sturz des englischen Pfundes deprimiert, die Grundstimmung blieb aber fest wegen des starken Erzeugungsrückgangs. Während am Wochenanfang die Preise noch meist auf dem bisherigen Stand blieben, teilweise sogar etwas nachgaben, legte sich das Ende für garantiert frische deutsche Eier eine kräftige Aufwärtsbewegung ein, die sich zum Teil auch auf Mittel Eier (Auslandsware), für die allerdings keine Frischgarantie bestehen kann, ausdehnte.

Die Lage auf den Schlachthofmärkten war auch in der letzten Woche schwach. Die Geldknappheit der Verbraucherschaft zu Monatsende machte sich bereits stark bemerkbar. Dazu kam, daß aus der Vormoche vielfach Ueberstände am Markt untergebracht werden mußten und die Zufuhren meist eher größer als kleiner wurden. Rinderpreise gingen langsam nach. Auch die Kalbermärkte waren wohl vorübergehend etwas schwächer, bestensfalls wie Stuttgart und Mannheim behauptet. Verhältnismäßig am besten hielten sich die Schweinemärkte; fette Tiere waren meist über Notiz bezahlt und gesucht.

Auf dem Obstmarkt ist die Stimmung für Kernobst ziemlich fest geblieben, die Preise haben etwas angezogen, trotzdem bei Auslandsware leichte Preiserhöhungen einlegten; letztere kommt in umfangreichen Mengen auf den Markt, namentlich bieten Italien und Ungarn billige Tafeltrauben, spanische Trauben sind teurer. Die Gemüsemärkte verliefen bei großem Angebot ruhiger, nur Blumenkohl und Kopsalat haben bei guter Nachfrage den Preis etwas gebessert. Freilandtomaten gingen im Preis zurück, Treibhausware findet dagegen zu eher steigendem Preis gute Aufnahme. Die Unterbringung der Kartoffeln ist immer noch schwierig.

Der Tabak hat eine recht gute Ernte gebracht, zum Teil mit Spitzenpreisen, wie sie seit einer Reihe von Jahren nicht da waren. Daselbe läßt sich beinahe vom Hopfen sagen, für den die starke Nachfrage noch weiter erhöht. Auch mit dem „Herbst“ können die Weinaertner zufrieden sein. Die Renne schlägt zwar mit

verschwindenden Ausnahmen zurück. Dafür ist die Qualität um so besser und der 1932er kann sich den besten dieses Jahrhunderts an die Seite stellen. Demnach ist auch die Nachfrage recht reger. Eine ganze Reihe von Weingemeinden konnte nach der Lese melden: Alles verfloht.

Berliner Pfandkurs, 31. Okt. 13.83 G., 13.87 B.
Berliner Dollarkurs, 31. Okt. 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Abl. Anl. 49.20, ohne Zinsl. 6.
Reichsbankdiskont 4, Lombard 5 o. h.
Beloadiskont 3,875 v. h. kurz und lang
Württ. Silberpreis, 31. Okt. Grundpreis 40.10 RM. d. Ag.

Ein Konsortium Berliner Banken unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) hat Preußen einen kurzfristigen Kassenkredit von 100 Millionen Mark eingeräumt.

Die Großhandelsmehlwahl vom 26. Oktober 1932 ist mit 94,0 gegenüber der Vormoche (94,5) um 0,5 o. h. gesunken.

Verlängerter Zahlungserbot. Der Senat hat das Zahlungserbot bei der Kaufpartasse „Quelle“, Abtlg. Zweckpartasse in Stuttgart, bis 1. Juli 1933 verlängert.

Zahlungseinstellungen. Wälschfabrik und Webwarengroßhandlung Koch u. Schreiber, Wuppertal-Elberfeld. — Deutsches Tischspiel-Syndikat A.G., Berlin. — Textilgroßhandelsfirma Hedget u. Korinik, Pilsbana (Südböhmen). Verbindlichkeiten 13 Mill. Dinar (871.000 Mk.). Eine große Zahl deutscher Gläubiger ist mit namhaften Beträgen in Mitleidenschaft gezogen.

Ueber das Vermögen der Baupartasse „Europa“ in Osnabrück, „Baupar“ in Dorimund, und „Santis“ in Wiesbaden ist Konkursantrag zu stellen. Der „Europa“ Osnabrück wird zugleich der Geschäftsbetrieb unterjagt.

Stuttgarter Börse, 29. Okt. Die heutige Börse war etwas fester. Am Rentenmarkt war die Stimmung im allgemeinen freundlicher, Abstieg -0,75 Prozent. Der Aktienmarkt war bei mäßigen Umsätzen fester.

Deutsche Bank und Discontogesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 31. Okt. Weizen märk. 19.10-19.30, Roggen 15.40-15.60, Braugerste 17-18, Futter- und Industrieernte 16.20-16.90, Hafer 13.20-13.70, Weizenmehl 23.50-27.10, Roggenmehl 19.60-22, Weizenkleie 9-9.40, Roggenkleie 8.25 bis 8.60.

Berliner Metallmarkt, 29. Okt. Elektrolytkupfer prompt cif. Nordseehäfen 49.75 Mk. je 100 Kg.

Bremen, 29. Okt. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loto 7.52.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 29. Okt. Obst: Tafeläpfel 12-20; Schüttel-, Fall- und Rostäpfel 6-10; Tafelbirnen 10-28; Quitten 8-12; Walnüsse 25-32; Zwetschgen 15-18; Kartoffeln 2,5-3; Stangenbohnen 28-35; Kopsalat 5-10; Cuviersalat 5-10; Birsing (Kohltraut) 4-5; Fildertraut 2,5-3; Weißtraut, rund 2,5-3; Rottraut 10-40; Rosenkohl 12-20; dio. 1 Pfd. 15-20; rote Rüben 5-6; gelbe Rüben 4-5; Karotten, runde 6-10; Zwiebel 5-7; Gurken, große 20-50; Rettiche 3-6; Monatsrettiche 5-6; Sellerie 6-18; Tomaten 18-30; Spinat 10-15; Kopskohlstraben 3-4.

Württ. Martenbutter 1,25 (am 22. Okt. 1,32), Teebutter 1. Güte 1,19 (1,25), Teebutter 2. Güte 1,17 (1,21) RM. d. Pfd.

Deutsche Frischeier (Alderstampel) Größe a: 13,75, b: 13,5, c: 13, Mittelgröße 8,5 (8) Pf. d. St.

Stuttgarter Mostmarkt auf dem Wälschplatz, 29. Okt. Zufuhr 700 Ztr. Preis 5,50-6 Mk. für 1 Ztr.

Stuttgarter Kartoffelmarkt auf dem Leonhardplatz, 29. Okt. Zufuhr 200 Ztr., Preis 2,70-3 Mk. für 1 Ztr.

Stuttgarter Fildertrautmarkt auf dem Leonhardplatz, 29. Okt. Zufuhr 50 Ztr., Preis 2,50 Mk. für 1 Ztr.

Herbstnachrichten

Korb mit Steinreichard i. R. Weitere Käufe zu 280-235 Mk. Feil sind noch etwa 80 Hektoliter sehr gute, preiswerte Rot- und Schillerweine in kleineren und größeren Posten.

Ingelfingen. Weißwein „Ingelfinger Gold“ 79-81 Mk. je Hektoliter.

Oehringen, 30. Okt. Die gestrige Versteigerung der Spätlese aus den Fürstl. Hohenz. Weinbergen ging unter sehr starker Beteiligung vor sich. Weißgemischt 211-215, Wehrlesling 225-233, in zwei Fällen sogar 242 und 244 Mk. Rotgemischt 240 bis 246 Mk. je Eimer. Für die gleichzeitig ausgetretenen älteren Jahrgänge zeigte sich wenig Interesse.

Das Wetter

Die Wetterlage wird jetzt mehr von Hochdruck beeinflusst, so daß für Dienstag zeitweilig aufheiterndes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten ist.

Bekanntmachung.

Die erste Sendung der bei der Stadtgemeinde bestellten

Kartoffeln

ist eingetroffen.

Die Kartoffeln kommen heute

Montag den 31. Oktober 1932, von vormittags ab auf dem Bahnhof zur Abgabe.

An die Reihe kommen:

Nr. 1 bis 33 für Wildbad.

Nr. 48/49, 56, 112/115 und 123/125, für Sprossenhaus.

Die Bestellkarten sind mitzubringen, da ohne dieselben keine Kartoffeln abgegeben werden.

Die Ankunft weiterer Sendungen wird bekannt gegeben.
Wildbad, 31. Oktober 1932.

Stadtpflege.

Grundstücksverpachtung.

Am Mittwoch, den 2. November, vormittags 10 Uhr werden auf der Badkaffe nachgenannte staatl. Grundstücke auf eine Reihe von Jahren im öffentlichen Aufsteich neu verpachtet.

1. Parz. 52, 53 und 53 zusammen 30 a 26 qm Wiese mit

6 Obstbäumen, Scheuer und Kelleranteil auf Parz. 53

im Sommerberg (am oberen Ende des Charlottenwegs).

2. Parz. 211: 29 a 83 qm Wiese u. Heuschauer im Franken-

stein.
Auskünfte und Einsicht in die Pachtbedingungen bei der

Badkaffe.
Staatl. Badoverwaltung.

Von der Reise zurück!

Sprechstunden im Winterhalbjahr
Wochentags 10-12 Uhr.

Dr. Jolenhans.

Heute abend 5.30 Uhr

findet im Vereinszimmer in der Turnhalle eine

Erwerbslosenversammlung

statt. Erscheinen aller Erwerbslosen dringend, da überaus wichtige Tagesordnung. Erwerbslosen-Ausschuß

Mittwoch, 2. November 1932

abends 7 Uhr, findet im Vereinszimmer der Turnhalle eine

Zusammenkunft

für Kleinhandwerker

statt und wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Die Einberufer.

Haben Deine Möbel einmal keinen Glanz mehr, nimm Nur noch 80 Pf., Doppell., 1.45 Mk. Erhältlich: Eberhard-Drogerie.

Kiwal

Begräbnisverein.

† Oktober:
Frau Kullenhardt
Frau Hahn
Frau Holz Bwe.
Herr Sieb.

Monatsbeitrag 80 Pfg.

Cello

fast neu, sehr gut, Umstände halber sehr billig zu verkaufen. Anfragen unter Nr. 254 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.



Hausfrauen!

Vom 31. Oktober bis 12. November 1932, findet in Wildbad im Saale des Bahnhof-Hotels, nachmittags von 2 bis 6 Uhr und abends von 6 bis 10 Uhr ein für unsere Kunden kostenloser

Näh-, Stick- und Stopfkurs

statt. Alle Hausfrauen und Mädchen sind zum Besuche des Kurses herzlich eingeladen.

Singer-Nähmaschinen Aktiengesellschaft Bfrozheim
Vertreter: Eugen Wieland, Neuenbürg.

Wichtig für die Gemeinden!

Vordrucke für die Gemeindeliste im Verfahren betr. Steuergutscheine (Erlaß des Landesfinanzamts vom 17. 10. 1932) liefert die Tagblatt-Geschäftsstelle.